Sitzung vom: 19. Mai 2008

Beschluss Nr.: 534

Motion betreffend Festsetzung der Zahlungsfristen der öffentlichen Hand: Beantwortung.

Der Regierungsrat beantwortet

die Motion von Kantonsrat Christoph von Rotz, Sarnen, und fünf Mitunterzeichnenden betreffend Festsetzung der Zahlungsfristen der öffentlichen Hand (52.08.02) vom 25. April 2008 wie folgt:

1. Erläuterungen

Als Erklärung für die Motion zum Erlass von gesetzlichen Bestimmungen für die Regelung der Zahlungsfristen wird unter anderm der Risk Index der Intrum Justitia vom Frühjahr 2007 angeführt. Darin wird ausgeführt, dass die Zahlungsdauer der öffentlichen Hand 48,7 Tage gegenüber 41,4 Tagen bei Privatkunden betrage. Die Zahlungsmoral habe sich gemäss Gewerbeverbänden auch beim Bund, den Kantonen und bei den Gemeinden verschlechtert.

2. Zahlungsfristen

Zu den vom Motionär angeführten Grundlagen ist festzuhalten, dass sich die Zahlungsfristen auf eine gesamtschweizerische bzw. europäische Studie beziehen und keine Rückschlüsse auf die Zahlungsfristen innerhalb des Kantons zulassen. Die Schweiz befindet sich mit den erwähnten Zahlungsfristen bei den Privatkunden knapp und bei der öffentlichen Hand sehr deutlich unter den durchschnittlichen europäischen Werten von 42,0 bzw. 68,9 Tagen.

Wird die Zahlungsmoral hingegen nach Regionen bzw. Kantonen beurteilt, erreicht der Kanton Obwalden sehr gute Noten. Das wird mit einer Medienmitteilung des Verbands Schweizerischer Inkassotreuhandinstitute bezüglich der Zahlungsmoral bestätigt. Darin wird festgehalten, dass während in den urbanen Ballungszentren die Werte steigen, die meisten Zentralschweizer Kantone sowie Appenzell und Graubünden ihre positiven Indizes bestätigen. Der Kanton Obwalden gehört zu den Kantonen mit einem positiven Index. Zudem suggeriert die aufgelistete Zahlungsdauer, dass die öffentliche Hand generell verspätet bezahlen würde. Dem gilt es entgegenzuhalten, dass vor allem auf Bundesebene Zahlungsfristen von 60 Tagen üblich sind und deshalb die Zahlungsdauer gegenüber den Privatkunden durchschnittlich länger dauert. Eine ähnliche Anfrage im Eidgenössischen Parlament durch Nationalrat Adrian Amstutz, Bern, betreffend die Zahlungsdauer von 48,7 Tagen der öffentlichen Hand auf Bundesebene hat der Bundesrat am 11. Juni 2007 wie folgt beantwortet:

„Fragen zu diesem Thema hat der Bundesrat in der Vergangenheit wiederholt beantwortet. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Zeitspanne zwischen Rechnungstellung und Zahlungseingang im öffentlichen Bereich gegenüber dem Jahr 2000 neu tatsächlich um 0,3 Tage auf 48,7 Tage zugenommen hat. Diese Angaben beziehen sich auf den gesamten öffentlichen Bereich, und sie können nicht ohne Weiteres auf die Verhältnisse beim Bund übertragen werden. Auch hier gibt es keine einheitliche Linie. Bezogen auf die Situation beim Bund ist nämlich darauf hinzuweisen, dass im Baubereich eine Zahlungsfrist von 60 Tagen die Regel bildet. Diese Regel wird vom Bundesamt für Bauten und Logistik eingehalten. Zudem werden bei grösseren Vorhaben zur Unterstützung der fristgerechten Zahlung mit den Auftragnehmern auch Zahlungspläne vereinbart. Probleme können sich allerdings in jenen Fällen ergeben, in denen die Rechnungstellung ver-

spätet erfolgt. Hier ist die Zahlung innerhalb von 60 Tagen nach Erbringen der Leistung dann eben nicht mehr gewährleistet.

Dem Bundesrat sind keine Bundesämter bekannt, welche eingegangene Forderungen nicht rechtzeitig begleichen bzw. Zahlungen verspätet leisten. Angesichts der sehr grossen Zahl eingegangener Verpflichtungen liegt es allerdings in der Natur der Sache, dass bedauerliche Einzelfälle nicht ausgeschlossen werden können. [...]

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass sich die Zahlungsmoral beim Bund nicht verschlechtert hat. Er vertritt im Gegenteil die Auffassung, dass der Bund jederzeit ein verlässlicher Auftraggeber bleibt und dass er seinen Zahlungsverpflichtungen innerhalb der vereinbarten Fristen korrekt nachkommt. Die Eidgenössische Finanzverwaltung wird weiterhin auch regelmässig darauf hinwirken, dass die Verwaltungseinheiten den eingegangenen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen können. Für weiter gehende Massnahmen besteht aus Sicht des Bundesrats kein Anlass.“

Die Ausführungen des Bundesrats können grösstenteils auch auf die kantonalen Begebenheiten übertragen werden.

3. Gesetzliche Regelung

Der Motionär fordert, Zahlungsfristen als gesetzliche Bestimmungen zu erlassen. Der Kanton tritt in den meisten erwähnten Bereichen als Werkbesteller oder Auftraggeber nicht hoheitlich auf, sondern handelt – gleich wie eine Privatperson – nach den Regeln des Schweizerischen Obligationenrechts. Die Statuierung von abweichenden, privatrechtlichen Zahlungsregeln ist den Kantonen untersagt. Der Kanton könnte sich einzig in Form einer Selbstbindung kürzere als die im jeweiligen Vertrag vereinbarten oder im Bundeszivilrecht normierten Zahlungsfristen auferlegen. Eine derartige Selbstbindung würde zu einer unnötigen Einschränkung der Vertragsgestaltungsfreiheit führen. Der Kanton wäre – ungeachtet der konkreten Umstände des Vertrags und der vereinbarten Zahlungsfristen bzw. der branchenüblichen Zahlungsfristen – an generell festgelegte Zahlungsfristen gebunden. Zudem könnte sich der (private) Vertragspartner des Kantons wohl nicht auf derartige öffentlich-rechtliche Fristen berufen, so dass im Streitfall eine unübersichtliche Spaltung des Rechtswegs in ein Zivil- und ein Verwaltungsverfahren erfolgen würde.

4.

Der Kanton als Vertragspartner hält grundsätzlich die vereinbarten Zahlungsfristen ein. Das ist in der Regel bereits Bestandteil des Angebots. Im übrigen gelten bei der überwiegenden Anzahl der Kreditorenrechnungen die auch in der Privatwirtschaft üblichen Zahlungsziele von 10 bis 30 Tagen. Zahlungsziele von 60 Tagen sind vor allem im Baubereich anzutreffen. Dies hat vor allem seinen Grund darin, dass externe Stellen (u.a. Bund) in die Verfahrensabläufe einbezogen sind und eine Zahlungsfrist von 30 Tagen nicht eingehalten werden kann. Die durchschnittliche Zahlungsfrist des Kantons dürfte aber – wie eingangs erwähnt – deutlich unter dem schweizerischen Schnitt liegen. So hat eine Stichprobe der Finanzverwaltung ergeben, dass die Rechnungen im Durchschnitt nach 27 Tagen bezahlt wurden.

Der Regierungsrat ist sich aber bewusst, dass es bei gegen 20 000 Kreditorenzahlungen pro Jahr auch vereinzelt zu verspäteten Zahlungen kommen kann. Diese Einzelfälle werden, ob nun eine gesetzliche Vorgabe im öffentlichen Recht oder die Zahlungsabkommen im Privatrecht bestehen, wohl auch zukünftig nicht zu vermeiden sein.

Der Regierungsrat und mit ihm die Verwaltung werden auch zukünftig darauf bedacht sein, weiterhin als verlässlicher Partner wahrgenommen zu werden. Die kantonale Finanzverwaltung des Kantons wird – analog zum Bund – regelmässig darauf hinwirken, dass die Verwaltungseinheiten den eingegangenen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen.

5. Antrag

Der Regierungsrat erachtet die Einhaltung von Zahlungsfristen als wichtig. Von einer gesetzlichen Regelung ist abzusehen, weil die Zahlungsziele auch ohne gesetzliche Grundlage durch den Kanton eingehalten werden. Es wird beantragt, den Motionsauftrag nicht zu überweisen.

Im Namen des Regierungsrats

Landschreiber:

Urs Wallimann